



Eine Information der nordhessischen Bundestagsabgeordneten
Ulrike Gottschalck und Dr. Edgar Franke

SPD



20. März 2015

Inhalt

- 1. Mehr Sicherheit für IT-Systeme und digitale Infrastruktur**
- 2. SPD setzt Entlastungspaket für Kommunen durch**
- 3. Keine Toleranz für Gewalt**
- 4. Gesundheitsförderung und Prävention werden gestärkt**
- 5. Equal Pay Day: Gesetz zur Entgeltgleichheit kommt**
- 6. Antragskonferenzen zu SuedLink erst im Frühherbst**



Mehr Sicherheit für IT-Systeme und digitale Infrastruktur

Damit Horrorszenerarien aus manchen Science-Fiction Romanen, in denen Computerhacker das gesamte nationale Stromnetz lahmlegen und damit ein ganzes Land ins Chaos stürzen, nicht zur Wirklichkeit werden, hat die Bundesregierung einen neuen [Gesetzesentwurf](#) vorgelegt. Ein Gesetzesentwurf der für mehr Sicherheit im IT-Bereich sorgen soll.

Zielsetzung des Entwurfes ist es, die Sicherheit von IT-Systemen und digitalen Infrastrukturen in Deutschland zu erhöhen und zugleich einen verbesserten Schutz der Bürgerinnen und Bürger im Internet zu gewährleisten. Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, enthält der Gesetzesentwurf Anforderungen an die IT-Sicherheit für Einrichtungen, die für das Gemeinwesen von zentraler Bedeutung sind (z. B. Energieversorgung, Gesundheit, Verkehr). Diese müssen künftig Mindeststandards bei der IT-Sicherheit einhalten und sicherheitsrelevante Vorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden.

Der Gesetzesentwurf sieht zudem vor, die Anforderungen an Dienstleister im Telekommunikations- und Telemedienbereich zu erhöhen. Diese sollen zum Beispiel verpflichtet werden, Kunden zu warnen, wenn deren Anschluss missbräuchlich verwendet werden soll. So sollen Bürgerinnen und Bürger in Zukunft besser vor Cyberkriminalität

geschützt werden können. Auf die unverhältnismäßige Speicherung von Nutzungsdaten durch Telemediendiensteanbieter soll jedoch verzichtet werden, da der Sicherheitsgewinn einer solchen umfangreichen Erlaubnis fraglich ist.

SPD setzt Entlastungspaket für Kommunen durch

Kommunal ist nicht egal! Diesem Leitsatz folgte auch das Bundeskabinett, als es in dieser Woche auf Bestreben der SPD beschloss, ein massives Entlastungs- und Investitionspaket, insbesondere für finanzschwache Kommunen, auf den Weg zu bringen. Das sind sehr gute Nachrichten, auch für die Städte, Landkreise und Gemeinden in Nordhessen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat erreicht, dass zusätzlich zu den bereits angekündigten 10 Milliarden Euro für Investitionen nun noch einmal 5 Milliarden Euro speziell für Kommunen hinzukommen. Wir sind überzeugt, dass nur so dem Verschleiß von Infrastruktur und dem Sanierungsstau endlich begegnet werden kann! Durch die zusätzliche Entlastung werden weitere Spielräume für kommunale Investitionen geschaffen. Mehr Investitionen wiederum kommen auch der Bauwirtschaft und insbesondere dem Tiefbau zu Gute.



Gemeinsam mit den diversen anderen Kostenübernahmen entlasten wir die Kommunen insgesamt bis 2018 zielgerichtet um mehr als 25 Milliarden Euro. Auf die bereits für 2017 beschlossene Entlastung von 1 Mrd. Euro satteln wir nochmal 1,5 Milliarden auf, sodass hier insgesamt 2,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Die restlichen 3,5 Milliarden Euro werden noch 2015 für das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ bereitgestellt. Die Förderung ist für Investitionen mit den Schwerpunkten Infrastruktur, energetische Sanierung, Bildungsinfrastruktur und Klimaschutz gedacht. Die 3,5 Milliarden Euro werden dabei auf Basis eines Schlüssels auf die Länder verteilt und Hessen profitiert mit 9,1 Prozent, also rund 318,5 Millionen Euro. Die Länder legen selber fest, welche Kommunen sie als finanzschwach definieren. Wir werden darauf achten, dass das Geld auch zügig und vollständig bei den Kommunen ankommt!

Keine Toleranz für Gewalt

Wir hätten uns alle gewünscht, dass die Überschrift des letzten Dienstags gewesen wäre "Friedlicher Protest in der weltoffenen Stadt Frankfurt"! Stattdessen heißt es „Der Tag als Frankfurt brannte“.

Wir sind erschüttert über das Maß der Ausschreitungen in Frankfurt diese Woche. Jeder hat ein Recht darauf, die EZB zu kritisieren, Demonstrationsfreiheit und freie Meinungsäußerung sind Grundpfeiler unserer Demokratie. Wer etwas kritisieren oder kundtun möchte, hat in Deutschland viele Möglichkeiten, dies auf friedlichem Wege zu tun.

Gewaltbereite „Berufsdemonstranten“ haben Frankfurt mit brennenden Autos, Vandalismus und Gewaltexzessen ins Chaos gestürzt. Dies ist ein Missbrauch des Demonstrationsrechtes und muss mit aller Härte verfolgt werden. Am schlimmsten aber waren die Nachrichten über Ausschreitungen gegenüber Feuerwehrleuten, die löschen wollten und brutale Attacken gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie einer Polizeistation. Dafür darf es null Toleranz und kein „Schönreden“ geben. Die Gewaltausbrüche überschatten auch das Anliegen der Mehrheit von Menschen, die an diesem Tag nach Frankfurt gekommen sind, um friedlich Protest auszuüben.

Wir teilen die Kritik an der Geldpolitik der EZB nicht, gerade die EZB hat mit ihrer Politik viel dazu beigetragen, dass die Länder, die sich in finanzieller Not befinden, nicht im kompletten Chaos versunken sind. Das geldpolitische Handeln der EZB ist durch die strengen Sparreformen, die vor allem von Angela Merkel vorangetrieben worden sind, notwendig geworden. Man muss nicht alles gut heißen, was die EZB tut, legitime und konstruktive Kritik ist immer willkommen und ist der Motor einer funktionierenden Demokratie. Allerdings muss immer darauf geachtet werden, dass Kritik nicht zu kurzfristig ist und weit genug greift. Wer die EZB Geldpolitik allein kritisiert, verleugnet alle anderen dazugehörigen Umstände. Wir arbeiten weiter daran, dass der durch die SPD vorangetriebene Kurswechsel der Bundesregierung greift. Solide Haushalte sind wichtig, aber die Krisenländer müssen auch zukunftsweisende Investitionen tätigen dürfen, um Perspektiven für Besserungen zu bekommen.

Gesundheitsförderung und Prävention werden gestärkt

In erster Lesung wurde [der Entwurf der Bundesregierung für ein Präventionsgesetz](#) beraten. Gesundheitsförderung und Prävention sollen besser unterstützt und finanziert werden. Ziel ist es, Krankheiten zu vermeiden, bevor sie entstehen.

Die wichtigsten Ziele in unserem Präventionsgesetz sind:

- Wir brauchen eine zielgerichtete und damit bessere Zusammenarbeit aller Präventionsakteure. Das sind die Krankenkassen, die Schulen, die Bildungsträger und die Kommunen.
- Wir brauchen eine nationale Präventionskonferenz, um die einzelnen Ansätze in der Prävention und in der Gesundheitsförderung zu bündeln.
- Wir müssen Arbeitsschutz und gesundheitliche Prävention in den Betrieben weiter vorantreiben.
- Wir müssen den Zugang zu Präventionsangeboten für Personen mit besonderen beruflichen und familiären Belastungen erleichtern, vor allem Alleinerziehende, Schichtarbeiter oder pflegende Familienangehörige.
- Wir müssen Früherkennungsuntersuchungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene weiter entwickeln.

Wir verdoppeln die Leistungen der Krankenkassen für Prävention und Gesundheitsförderung ab 2016 auf mindestens sieben Euro pro Versicherten und Jahr. Künftig sollen zudem Pflegebedürftige, die in Pflegeheimen wohnen, Anspruch auf Präventionsleistungen erhalten.

In seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag betonte Dr. Edgar Franke die Notwendigkeit, gesundheitlichen Belastungen und Risiken vorzubeugen. Prävention und Gesundheitsförderung müssten dort ermöglicht werden, wo die Menschen sind, also in ihrem Lebensumfeld. Dort werden wir diejenigen, die besonderen Unterstützungsbedarf haben, nämlich am ehesten erreichen. Dafür sollen Prävention und Gesundheitsförderung in allen Lebensbereichen erfolgen: in Kitas, Schulen, im Betrieb oder Pflegeheim. Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsvorsorge sollen enger miteinander verknüpft werden.

Eine höhere Impfquote bei Kindern durch eine verpflichtende Impfberatung ist ebenfalls eines der Ziele des Präventionsgesetzes. Vorgesehen ist, dass bei der Aufnahme von Kindern in eine Kita die Eltern eine ärztliche Beratung zum Impfschutz nachweisen müssen. Und dies ist gerade angesichts der aktuellen Maserninfektion von besonderer Wichtigkeit.

Mit unserem Präventionsgesetz sorgen wir dafür, dass ein gesundes Aufwachsen und Gesundheitschancen von Menschen nicht länger nur von ihrem Lebensumfeld abhängen. Zudem ist es besser, Krankheiten zu verhüten, als Krankheiten zu vergüten.

Equal Pay Day: Gesetz zur Entgeltgleichheit kommt

Heute ist der Tag, bis zu dem Frauen arbeiten müssten, um denselben jährlichen Durchschnittslohn wie Männer zu erwirtschaften. 22 Prozent beträgt die unbereinigte Lohnlücke und ist damit seit Jahren fast unverändert. Überall in Europa verdienen Frauen übrigens weniger als Männer, Deutschland ist EU-weit unter den Schlusslichtern – blamabel! Diese Ungleichheit werden wir endlich beenden und das von Ministerin Schwesig geplante Entgeltgleichheitsgesetz ist dafür ein entscheidender Schritt!

Selbst wenn man aus der Statistik herausrechnet, dass Frauen öfter in Teilzeit arbeiten, für die Familie im Beruf pausieren und seltener in Führungspositionen kommen, bleibt eine Lohnlücke von 7 bis 8 Prozent. Das ist Lohndiskriminierung. Darauf weisen am heutigen Equal Pay Day diverse Aktionen hin, unter anderem vorm Brandenburger Tor in Berlin.



Quelle: SPD-Bundestagsfraktion

Es wird höchste Zeit, dass nun endlich Taten folgen, damit dieser Missstand beendet wird. Gesetzliche Regelungen zur Entgelttransparenz sind dabei ein riesiger erster Schritt. Nur wo Lohndiskriminierung offengelegt wird, kann sie auch bekämpft werden. Doch Transparenz allein reicht nicht, um die Lohnlücke zu schließen. Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, müssen besser entlohnt werden. Der Mindestlohn hat uns dabei ein großes Stück vorangebracht. Darüber hinaus müssen aber die frauentypischen Berufe und deren Anforderungen neu bewertet werden.

Ebenso wichtig ist es, die Kinderbetreuung auszubauen und die Partnerschaftlichkeit in den Familien zu stärken. Mit dem Elterngeld Plus haben wir ein Instrument, das nicht nur Männern in der Familie mehr Möglichkeiten verschafft, sondern auch Frauen im Beruf beweglicher macht. Die Frauenquote wird vor allem in der Wirtschaft einen Kulturwandel in den Chefetagen beschleunigen und die Unterschiede bei den Gehältern verringern.

Mit der Kombination all dieser Bausteine trägt die SPD maßgeblich dazu bei, die Lohnlücke zu schließen. Unsere Hoffnung ist, dass der Equal Pay Day bald deutlich früher im Jahr stattfinden wird. Ziel bleibt allerdings das zeitliche Zusammenfallen von Equal Pay Day und Silvester auf denselben Tag.

Antragskonferenzen zu SuedLink erst im Frühherbst

Am 16. März fand in Berlin ein weiteres Treffen der so genannten „SuedLink-Gruppe“, einem fraktionsübergreifenden Zusammenschluss von Parlamentariern zu dem kontrovers diskutierten Thema der Erdverkabelung, statt. Neben den betroffenen Bundestagsabgeordneten nahmen auch Gesprächspartner der Bundesnetzagentur, von TenneT, dem Bundeswirtschaftsministerium und dem Bundesamt für Naturschutz sowie Vertreter der Landwirtschaft an der Diskussionsrunde teil.

Im Rahmen der Diskussion führte der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, aus, dass die geplanten Antragskonferenzen erst im Frühherbst dieses Jahres stattfinden werden. Wir begrüßen diese Entwicklung, denn damit wird unsere Forderung umgesetzt, die Antragskonferenzen nicht während der Sommerferien stattfinden zu lassen und so allen betroffenen Bürgerinnen und Bürgern sowie den Kommunen die Möglichkeit zu geben, an den Antragskonferenzen teilzunehmen und sich einzubringen.

Unsere Tipps:

- **Deutscher Bürgerpreis 2015:** „Kultur leben – Horizonte erweitern“. Das ist das Schwerpunktthema des diesjährigen Bürgerpreises. Ob Tanzgruppe, Lesezirkel oder Elternbeirat, ehrenamtlicher Einsatz begegnet uns überall. Die Initiative „für mich. für uns. für alle.“ fördert mit dem Bürgerpreis all jene, die sich für unsere Gesellschaft stark machen. Auch in Nordhessen gibt es viele Engagierte, die Unterstützung durch den Bürgerpreis gut gebrauchen könnten! Weitere Infos zur Bewerbung gibt es unter www.deutscher-buergerpreis.de oder auf www.facebook.com/deutscherbuergerpreis.

- **Medienpreis Goldener Igel:** Der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr verleiht zum 10. Mal den Preis für außergewöhnliche journalistische Beiträge zu Themen rund um Bundeswehr und Reserve in Deutschland. Einsendeschluss ist der 31. März. Informationen zum Medienpreis gibt es unter Telefon 0228 – 2590925 oder per Email unter presse@reservistenverband.de.

- **Deutscher Alterspreis 2015:** Gesucht werden die besten Ideen im und für das Alter – in der Stadt! Die Robert-Bosch-Stiftung lobt daher den mit insgesamt 120.000 € dotierten Alterspreis aus. Schirmherrin der Aktion ist Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig. Bewerben können sich Einzelpersonen, Gruppen, Vereine und Organisationen oder aber Städte und Gemeinden noch bis zum 22. April unter www.alterspreis.de

- **Deutscher Nachhaltigkeitspreis 2015:** Der Wettbewerb für Unternehmen und Forschungsteams ist gestartet und Bewerbungen werden unter www.nachhaltigkeitspreis.de ab sofort entgegen genommen.

- **„Sterne des Sports“:** Der Deutsche Olympische Sportbund vergibt gemeinsam mit den Volksbanken Raiffeisenbank die Auszeichnung für gesellschaftliches Engagement von Sportvereinen. Weitere Informationen gibt es auf der Website www.sterne-des-sports.de

Eine Information Eurer Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke und Ulrike Gottschalck - Wir halten die Infos bewusst kurz, um Euch einenschnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach!

V.i.S.d.P.:
Dr. Edgar Franke, Ulrike Gottschalck
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Artikelbilder: fotolia